Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 60. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 12. März 1925

Rechts und links.

Von demokratischer Seite wurde der jetzige Präsidentenstellvertreter Dr. Simons als Einheitskandidat für die Reichspräsidentenwahl vorgeschlagen.

Über die Lage im sich entwickelnden Kampf um die Reichspräsidentschaft, wie sie sich am 10. März darstellte, wird uns aus unterrichteten Kreisen in Berlin geschrieben:

Nun hat sich die Kampflage um die Wahl des Reichspräsidenten wieder einmal geändert, vielleicht geklärt. Die Demokraten haben an das Zentrum, die Deutsche und die Deutschnationale Volkspartei, an den Vorsitzenden des rechtsparteilichen Zwölferausschusses von Löbell ein Schreiben gerichtet, worin sie den Wunsch aussprechen, daß bei der Wahl des Reichspräsidenten eine möglichst große Mehrheit sich auf eine Persönlichkeit vereinigt, die fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringe. Der Brief macht den jetzigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons als eine geeignete Persönlichkeit namhaft, erklärt aber gleichzeitig die Bereitwilligkeit der Demokraten zu gemeinsamen Beratungen auch über einen anderen, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag.

War schon die Aufstellung der sozialdemokratischen Sonderkandidaturschaft Braun eine Durchbrechung des früheren Zieles, Herrn Marx als Kandidaten der Weimarer Koalitionsparteien aufzustellen, so bedeutet das Vorgehen der Demokraten, das durch den Entschluß der Sozialdemokraten offenbar herbeigeführt worden ist, einen zweiten Durchbruch. Es ist nicht mit besonderer Sicherheit anzunehmen, daß die unmittelbar vor einer Entscheidung stehenden Rechtsparteien sich für eine Kandidatur des Herrn Dr. Simons erwärmen werden, um so weniger, als die Demokratie selbst nicht unbedingt an diesem Vorschlag festhält. Damit ist aber auch gleichzeitig die Kandidatur Marx in ihren Aussichten geschwächt. Der objektive Beobachter muß überhaupt feststellen, daß in den drei Parteien vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie ein von vornherein zielbewußtes Handeln nicht Platz gegriffen hat. Jede Zersplitterung in dieser Koalition macht aber rein psychologisch den Erfolg der geschlossen vorgehenden Rechtsparteien wahrscheinlicher, weil der Unterschied im taktischen Verhalten der beiden Seiten um so drastischer in die Erscheinung tritt und seine Wirkung auf unentschlossene Wähler unter Umständen nicht verfehlen könnte.

Eine weitere Spannung dürfte übrigens in der Zentrumspartei noch dadurch entstanden sein, daß sehr viel von einer Kandidatur Stegerwald gesprochen, und zwar sehr ernsthaft gesprochen wird. Das hat die Gegner dieses Mannes in seiner eigenen Partei auf den Plan gerufen, besonders, da beim Zentrum die Entscheidung über die Aufstellung seines Vorsitzenden, Herrn Marx, für die Wahl erst am Mittwoch fallen soll. Wenige Stunden, bevor am Dienstag der Reichsparteiausschuß des Zentrums zusammentrat, erschien in einem Berliner demokratischen Blatt ein Artikel aus der Feder eines nicht genannten, aber ganz außerordentlich gut unterrichteten Zentrumsmannes, der sich mit größter Schärfe und rücksichtslosester Kritik gegen Stegerwald als eventuellen Kandidaten für die Wahl wandte. Dieses Vorgehen eines dem linken Zentrumsflügel angehörigen und offenbar zu den Führern der Partei gehörenden Mannes hat nicht verfehlt, in politischen Kreisen sehr erhebliches Aufsehen zu erregen, besonders, da aus dem Artikel hervorzugehen schien, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums in ihrer Mehrheit für eine Kandidatur Stegerwald sei und Herrn Marx rate, sich zurückzuhalten. Der Artikelschreiber teilt aber weiter mit, daß trotzdem aus der Partei heraus die Kandidatur Marx erzwungen und damit vielleicht eine Erschütterung der Zentrumspartei herbeigeführt werden würde, wenn Stegerwald wirklich durch den Rechtsblock benannt werden und er dieses Angebot annehmen würde. Wenn es nun auch noch nicht offiziell geschehen, ist es — und das ist die politische Bedeutung des Artikels — gar nicht ausgeschlossen, daß man trotz der vorgerückten Stunde bei den Rechtsparteien dem Gedanken nähertreten könnte. Würde Stegerwald annehmen, wäre auch die Bayerische Volkspartei durch keinerlei konfessionelle Schwierigkeiten mehr daran verhindert, beim zweiten Wahlgang gegen Marx zu stimmen, was sie auf alle Fälle auch für den ersten Wahlgang schon beschlossen haben soll.

Man sieht also, daß sich nach einer gewissen Richtung hin eine Klärung der Kampflage durch jene beiden Aktionen ergeben hat, daß aber eine Entscheidung erst abgewartet werden soll, wenn man weiß oder wenigstens zu sehen glaubt, wie sich das Zentrum stellt. Eine Einigung aller Parteien von rechts bis zu den Demokraten einschließlich würde aber bedeuten, daß den als Kandidaten benannten Persönlichkeiten dann praktisch lediglich nur noch der sozialdemokratische Kandidat gegenüberstände. Das wäre, um das noch kurz zu streifen, nichts anderes als die Sprengung der Weimarer Koalition, was auch für die weitere Entwicklung in der Preußenkrise von weittragendster Bedeutung wäre.

Es ist überaus überraschend, welche außerordentlich großen allgemeinpolitischen Folgen der Kampf um die Neubesetzung des Reichspräsidentenpostens gezeitigt hat und wohl noch zeitigen wird. Eines ist sicher: dieser Kampf hat schon jetzt stark nach der Richtung hin gewirkt, daß eine politisch-parlamentarische Scheidung der Geister nach rechts und links eingetreten ist und auch das Zentrum in diese Entwicklung hineingetrieben hat. Das ist wiederum nicht ohne Auswirkungen für die Stellung des Kabinetts Luther, das aus dieser Entwicklung gegebenenfalls eine erhebliche Stärkung seiner parlamentarischen Unterbauung erhalten hat.

•

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden Oberpräsident Hörsing nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

•

Auslegung der Stimmlisten.

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 29. März 1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 23. März 1925 auszulegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmkarten nach Berichtigung erneut am 21. und 22. April 1925 ausgelegt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltage einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen. Stimmberechtigte, die aus dem besetzten Gebiet (alt- und neubesetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Besatzungsmächte verdrängt sind, sind für die Wahlen am 29. März 1925 und 26. April 1925 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkarte ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Marx als preußischer Ministerpräsident wiedergewählt.

Die heutige Sitzung des Preußischen Landtages trat sofort nach Beginn in die Wahl des Ministerpräsidenten ein. Gewählt wurde, und zwar im ersten Wahlgang, abermals Herr Marx. Abgegeben wurden 443 Stimmzettel, davon waren unbeschrieben ein Zettel, ungültig keiner. Von den übrigen 442 beträgt die Mehrheit 222. Es fielen Stimmen auf:

Stimmen auf:

Marx (Zentrum)	222
Dr. v. Richter (Dtsch. Volksp.)	151
Pieck (Komm.)	42
Ladendorff (Wirtsch. Vgg.	16
Körner (Nat.-Soz.)	11

Der Abgeordnete Marx hat also im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten und ist zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Wahl erfolgte ohne Aussprache, war namentlich und wurde durch Abgabe verdeckter Stimmzettel vorgenommen. Wie bei der letzten Wahl stimmten die Fraktionen der Weimarer Koalition (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) wieder für Marx, die Kommunisten für Pieck, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei für Dr. v. Richter, die Wirtschaftliche Vereinigung für Ladendorff. Als krank fehlten die Abgeordneten Winterfeld (Dnat.), Steffens (D. Vp.), Siebert (Soz.), Eismann (Ztr.), Skjellerup (Komm.), Jordan (Wirtschaftliche Vereinigung) und Graf von Helldorff (Deutschvölkisch).

Marx

Abg. Grzesinski (Soz.) berichtet über den Nachtragsstellenplan. Der Hauptausschuß hat den Nachtragsplan mit der Änderung, daß er schon vom 1. Juli statt vom 1. Oktober 1924 ab gelten soll, im übrigen unverändert genehmigt. Zwei Entschließungen fordern Vorschläge für die Schaffung von Beförderungs- und Aufrückungsstellen für die Amtsgehilfen sowie für die Beamten der Polizei und der Landjägerei im gleichen Umfange wie für die analogen Beamten der Reichsfinanzverwaltung und eine Gegenüberstellung der Endgrundgehälter der preußischen Beamten von 1913 mit 1. Dezember 1924. Abg. Kasper (Komm.) lehnt die Vorlage ab, da sie den Ansprüchen der unteren Besoldungsgruppe in keiner Weise gerecht werde.

Der Nachtragsplan und das zugehörige Gesetz werden nach dem Ausschußvorschlag in zweiter Lesung und sofort auch in dritter Beratung angenommen. — Auch die Entschließungen gelangen zur Annahme. Darauf setzt das Haus die gemeinsame Aussprache über die Uranträge und großen Anfragen, betr. das Grubenunglück auf der Zeche „Minister Stein" fort.

Abg. Steger (Ztr.) richtet die Aufmerksamkeit auf die großen Unfallziffern im Bergbau. Die Kontrolle müsse verschärft, die Bergarbeiter müßten erhöht an ihr beteiligt werden.

Abg. Hartmann (Dem.) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es trotz aller Bemühungen der Parlamente und Regierungen bisher noch nicht gelungen sei, die Unglücksfälle im Bergbau zu verhüten.

Vertrauliche Ratssitzung über Deutschland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 11. März. Die vertrauliche Ratssitzung, die gestern nachmittags 5 Uhr begann, zog sich bis in die achte Abendstunde hin. Zur Diskussion stand die Frage des Antwortschreibens an die deutsche Regierung und die Bedingungen des Eintritts in den Völkerbund. In der Frage der Militärkontrolle in Deutschland, Oesterreich und Bulgarien und dem ganzen Komplex der Danziger Frage wurde noch keine Einigung erzielt.

Genfer Protokoll und Fünferbund — der englisch-französische Gegensatz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 11. März. Die Verschiebung der Diskussion über das Genfer Protokoll auf Donnerstagvormittag wird in politischen Kreisen auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Briand und Chamberlain zurückgeführt, die sich in der Frage der abzugebenden Erklärung, die eine mittlere Linie enthalten soll, nicht einigen konnten. Da die Frage des Genfer Protokolls eng mit der Frage des Fünferbundes und der Garantie der Ostgrenze Deutschlands verbunden ist, so würden die Erklärungen der französischen und englischen Regierung auch das Sicherheitsproblem behandeln müssen. Briand hat in Genf erneut zu verstehen gegeben, wie schwierig und unausführbar es für die neue französische Regierung sei, wenn ein solches Abkommen sich auch nur indirekt gegen Polen richte. Für die Regierung Herriot würde dies der Sturz durch die Rechte der Kammer bedeuten, da sich auch zahlreiche Anhänger Herriots niemals für eine Opferung (?) Polens verstehen würden. Die einzige für Frankreich annehmbare Lösung sei daher Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, der ohne alle Vorbehalte erfolgen müsse. Wenn Deutschland erst einmal Mitglied sei, dann könnten die Verhandlungen über den Sicherheitspakt unter der Aegide des Völkerbundes beginnen. Diese Stellungnahme Briands ruft die Erinnerung an die Versailler Tage wach, in denen gleichfalls die Parole ausgegeben wurde, Deutschland müsse erst den Vertrag unterzeichnen, dann würden ihm weitgehende Erleichterungen eingeräumt. Der englische Standpunkt lautet, daß das Sicherheitsproblem mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu verbinden und Deutschland bereits in nicht allzu ferner Zukunft zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen sei.

Tagung des Völkerbundsrates.

Trauerkundgebung für Branting.

Genf, 10. März.

Unter dem Vorsitz von Chamberlain ist der Völkerbundsrat heute vormittag zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Nach Eröffnung derselben gedachte Chamberlain zunächst in einem herzlich gehaltenen Nachruf des schwedischen Mitgliedes Branting. Er bezeichnete den verstorbenen schwedischen Minister als den Vorkämpfer des Völkerbundes. Für die von Chamberlain im Namen des Rates an das schwedische Volk gerichteten Worte dankte der schwedische Unterstaatssekretär Sjoerborg, der versicherte, daß Schweden dem Völkerbundsideal Brantings und seinen Bestrebungen zur Versöhnung und Zusammenarbeit der Völker treu bleiben werde. Nach dieser Trauerkundgebung trat der Rat in die Tagesordnung ein und genehmigte zunächst einen von Briand vorgelegten Bericht über die griechischen Flüchtlinge, während ein Bericht über Mandatsfragen auf Wunsch des belgischen Vertreters auf eine spätere Sitzung vertagt wurde.

Der Rat stimmte in Gegenwart des ständigen Vertreters Österreichs beim Völkerbund, Ministers Pflügl, den Empfehlungen des Finanzkomitees zur Förderung des österreichischen Sanierungswerkes zu.

•

Nach einer Mitteilung des Völkerbundssekretariats haben die juristischen und militärischen Sachverständigen heute